Nr. 149 XXVIII. Jahrgang — Dienstag, 15. Juni 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 30, 13 6 97, 17 1 09. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise: Grundzeile, 82 mm breit, M. 2.—, für das Ausland M. 10.—, Reklamezeile, 61 mm breit, M. 6.—, mit Platzvorschrift M. 7.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Ziffern- oder Auskunft 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 30 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.25, vierteljährlich M. 12.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Streifbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.50, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Mißglückte Versuche

Anfang des Monats Februar war die Mehrheitsbildung im deutschen Parlament der Nationalversammlung zu einfach, als daß es zu dramatischen Akten hätte kommen können. Erst die Reichstagswahlen vom 6. Juni haben einen Boden geschaffen, der eine Koalition der Rechten oder Linken genau so schwierig erscheinen läßt wie eine Koalition der Mitte. Erst am Freitag übertrug der Reichspräsident Ebert die Kabinettsbildung dem Führer der stärksten Partei, dem bisherigen Reichskanzler Müller von den Mehrheitssozialdemokraten. Müller holte sich bei der Unabhängigen Sozialdemokratie eine Absage und legte nach diesem ersten vergeblichen Schritt den Auftrag in die Hände des Reichspräsidenten zurück.

Am Sonnabend berief der Reichspräsident alsdann den Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Heinze, zu sich. Auch dieser hat nur einen einzigen Versuch gemacht. Er hatte sich gestern an die Mehrheitssozialisten gewandt und von Herrn Müller und Herrn Loebe die gleiche, unzweideutige Absage erhalten, die die Mehrheitssozialdemokraten kaum zwei Tage vorher vom Führer der Unabhängigen, Crispien, erhalten hatten. Auf die Frage Dr. Heinzes nach der Stellung der sozialdemokratischen Partei erklärte nämlich der Abg. Loebe, daß es seiner Partei aus außen- und innerpolitischen Gründen, entsprechend dem am Sonntag gefaßten Beschlusse der Parteikonferenz, nicht möglich sei, an ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei zu glauben, wobei ausdrücklich hervorgehoben wurde, daß irgendwelche Verstimmungen aus dem Wahlkampfe in keiner Weise mitsprechen dürften oder mitsprächen. Daraufhin hat der Abg. Dr. Heinze den Auftrag zur Kabinettsbildung in die Hände des Reichspräsidenten zurückgelegt.

Die deutsche Regierungskrise ist damit in ein Stadium getreten, das ernste Befürchtungen hervorrufen muß. Aus Paris liegt eine Meldung vor, die es als unbedingt erforderlich erscheinen läßt, daß Deutschland schleunigst aktions- und verhandlungsfähig wird. Die alliierte Kommission, die die internationale Anleihe vorbereitete, hat, wie wir bereits vor einigen Tagen meldeten, die Darlehenssumme auf fünf bis fünfzehn Milliarden Goldfranken beziffert, die ganze Transaktion indessen davon abhängig gemacht, daß die gesamte Finanz- und Steuerverwaltung unter die Aufsicht der Verbandskommission in Berlin gestellt werde. Das wäre für uns das Ende jeglicher Selbstbestimmung. Diese drohende Konsequenz zeigt deutlich, welche schwerwiegenden und dringenden Beschlüsse einer baldigen Erledigung harren. Wie sehr also die Bildung einer verantwortlichen und durch eine Parteimehrheit gesicherten Regierung notwendig ist.

Es bleiben jedoch jetzt nur noch zwei Möglichkeiten der Regierungsbildung offen: Entweder, die vier bürgerlichen Parteien entschließen sich dazu, die Regierung zu bilden, oder aber die wirtschaftlichen Organisationen versuchen ein bündiges Programm der dringendsten Aufgaben aufzustellen, delegieren Männer ihres Vertrauens zur Durchführung dieses Programms in ein provisorisches Kabinett und stellen vor dem Reichstag die Vertrauensfrage. Keine dieser übrigbleibenden beiden Lösungen ist erfreulich. Ein „Block der Bürgerlichen" gegen die Sozialdemokraten muß den Gegnern des demokratischen Gedankens, den Anhängern der proletarischen Klassendiktatur Oberwasser geben und ein Wirtschaftskabinett, das keine feste Mehrheit hinter sich hat, kann über eine Kleinigkeit zu Fall kommen und einem noch traurigeren Regierungschaos Platz machen. Wenn die beginnende Woche keine Besinnung der Parteien auf ihre ernste Verantwortung vor der deutschen Geschichte bringt, so könnte das eintreten, was die „Freiheit" prophezeit, eine neue Zeit schwerer Wirren.

*

Die Beratung der Mehrheitssozialisten

Von unserer Berliner Redaktion

Berlin, 14. Juni. (Eig. Drahtbericht)

In der gestrigen Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Partei-Ausschusses hielt der Reichskanzler Müller eine Rede, in der er zuerst den Ausfall der Wahlen besprach und den sozialdemokratischen Mißerfolg auch auf gewisse unpolitische Fragen zurückführte, so u. a. auf die Erhöhung des Brotpreises und auf den Steuerabzug vom Lohn und Gehalt. Der Reichskanzler untersuchte dann die Frage, ob sich unter Ausschluß der Deutschen Volkspartei aus den bisherigen Koalitionsparteien eine tragfähige Mehrheit im Reichstage bilden lasse, und kam zu einer Verneinung der Frage. Wenn die Sozialdemokraten jetzt ablehnen müßten, in eine neue Koalition einzutreten, so verschlössen sie sich durchaus nicht der Tatsache, daß sie damit mancherlei Vorteile für die Arbeiterschaft aufgeben. Aber das Verbleiben in einer nach rechts gerichteten Regierung bringe parteipolitisch so großen Schaden, daß es für die Partei nicht in Frage kommen könne. Der Redner ist der Meinung, daß die beiden Rechtsparteien in der auswärtigen Politik nicht ersprießlich wirken könnten. Eine nationalistisch orientierte Regierung würde in Spa schwerlich Lorbeeren ernten können.

Der Redner kam alsdann auf die Lage zu sprechen, in die die von der bisherigen Regierung angestellten sozialdemokratischen Beamten im Falle des Ausscheidens der Sozialdemokratie aus der Regierung kommen würden. Keiner der Beamten dürfe den Platz verlassen, ohne daß er dazu gezwungen würde. Man müsse unter allen Umständen die Posten zu halten suchen, schon für den Fall, daß die Mehrheitssozialisten später wieder gezwungen sein würden, die Regierung zu übernehmen. Wenn es in der letzten Zeit geheißen habe, daß der Reichspräsident keine Lust mehr zu haben scheine, im Falle des Ausscheidens der Sozialdemokraten aus der Regierung auf seinem Posten zu verbleiben, so müsse man von ihm verlangen, daß er aus politischen Gründen das Opfer bringe, so lange wie möglich auszuharren. Der Umstand, daß im Falle des Ausscheidens das Heer in die Hände einer unsozialistischen Regierung kommen würde, macht Herrn Müller weniger Bedenken, wohl aber müsse man sich im Falle einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei fragen, was dann aus der Sozialisierung des Kohlenbergbaus und aus der Beschneidung der Gewinne der Kohlenmagnaten werden solle.

In der sich daran anschließenden Aussprache erklärte sich ein Redner für das Verbleiben in der Koalition, während die übrigen alle den ablehnenden Standpunkt vertraten. Minister David führte den Rückschlag der Sozialisten bei den Wahlen auf den Unverstand der Massen zurück. Der preußische Minister Braun meinte, daß wir schweren Zeiten entgegengehen. Nach weiterer unwesentlicher Aussprache wurde dann einstimmig der Beschluß gefaßt, eine Kabinettsbildung im Zusammenhang mit der Deutschen Volkspartei abzulehnen. In diesem Beschluß heißt es u. a.: „Es wurde die übereinstimmende Ueberzeugung festgestellt, daß für die Partei die Beteiligung an einer Regierung, die Elemente der Rechtsparteien enthält, ausgeschlossen ist. Nachdem die Unabhängigen es abgelehnt haben, sich an einer Regierung zu beteiligen, die den Schutz der Republik und der revolutionären Errungenschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten übernimmt, haben sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in der nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich ist.

Eine Fortsetzung der bisher betriebenen Koalitionspolitik mit Zentrum und Demokraten wird gegenwärtig als unmöglich betrachtet."

*

Trimborn mit der Kabinettsbildung beauftragt

\+ Berlin, 14. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Reichspräsident Ebert hat heute vormittag den Zentrumsführer Geheimen Justizrat Dr. Trimborn zu sich gebeten und ihn nach Besprechung der Lage in Anbetracht des Ernstes der Situation gebeten, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Dr. Trimborn nahm den Auftrag an.

In politischen Kreisen sieht man dem Versuche Trimborns mit Pessimismus entgegen. Scheitert er, so tritt die Frage einer Präsidentschaftskrise stärker in den Vordergrund. Der gestrige Beschluß der Mehrheitssozialisten, gegenwärtig jede Koalition abzulehnen, hat die Stellung des Reichspräsidenten zweifellos berührt. Bis weit in die Kreise der Rechten hinein besteht freilich der Wunsch, eine solche Verschärfung der innerpolitischen Situation im gegenwärtigen Moment zu vermeiden. So hat man denn auch, wie ein Berliner Mittagsblatt mitteilt, von allen Seiten, auch von rechts, auf ihn eingewirkt, jede persönliche Erwägung beiseite zu stellen.

Gelingt der Versuch Trimborn nicht, so bleibt als einzige Möglichkeit die Zusammenstellung des von der Deutschen Volkspartei vorgeschlagenen Wirtschaftskabinetts übrig. Hier spielt der Name des bayrischen Bauernführers Dr. Heim in den Kombinationen eine Rolle. Wie bei den führenden Persönlichkeiten innerhalb der Volkspartei soll dieser Gedanke auch bei den Demokraten auf Sympathie stoßen. Von den Sozialisten erwartet man, daß sie einem solchen Wirtschaftskabinett gegenüber zum mindesten eine wohlwollende Neutralität bewahren.

Der Gedanke, an Legien heranzutreten, ist von vornherein fallengelassen worden, da man befürchtet, daß eine Beteiligung Legiens an der Regierung seine führende Stellung in den Gewerkschaften erschüttern würde.

*

Deutsche Politiker in Wiener Blättern

id. Wien, 14. Juni. (Eig. Drahtbericht.) In der Presse bespricht Müller-Meiningen die reichsdeutsche politische Situation und erklärt, das Reich sei ohne Koalition nicht regierbar. Zahlenmäßig sei wohl eine bürgerliche Front möglich, aber die Folge wäre dann eine geeinigte Front des Proletariats gegen das Bürgertum, und das wäre dann der Auftakt zum blutigsten Bürgerkrieg. Es müsse also erst eine Einigung der Demokraten mit der Deutschen Volkspartei und dann Zusammenarbeit mit dem Zentrum und den Mehrheitssozialisten erfolgen.

In der „Arbeiterzeitung" tritt Karl Kautsky für die Herstellung eines sozialistischen Blocks ein, der die Regierung übernehmen könnte, aber nicht zur sofortigen Durchführung des Sozialismus, sondern zur Liquidierung des Krieges durch die Wiederherstellung der Produktion, vorläufig auf kapitalistischer Grundlage. Nur die Bergwerke, Wälder und der große Grundbesitz seien zu sozialisieren.

Eine neue Beschwerde-Note unterwegs

⊕ Genf, 14. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Havas berichtet den Abgang einer Note an Deutschland über die Verletzung des Friedensvertrages durch Nichträumung der neutralen Zone bis 10. Juni 1920.

*

Ausweisungen aus der ersten Zone

D. Berlin, 14. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Nach Meldungen aus Flensburg sind von der Internationalen Kommission 39 Deutsche der ersten Zone ausgewiesen worden. Die Ausweisung erfolgte wegen Aufforderung zum Generalstreik.

*

Verhaftungen im besetzten Gebiet

\+ Frankfurt, 14. Juni. (Eig. Drahtbericht.) In Ludwigshafen, Worms, Mainz und Wiesbaden wurden mehrere Arbeiterführer durch die französischen Behörden verhaftet. Es ist nicht ersichtlich, ob die Ursachen der Verhaftungen in gewerkschaftlicher oder politischer Betätigung der Verhafteten zu suchen sind. Bis jetzt wurden nur Gewerkschaftler verhaftet, darunter die Vorsitzenden des Arbeiterausschusses und des Angestelltenausschusses in Ludwigshafen sowie ein Mitglied des Betriebsrates der Badischen Anilin- und Sodafabrik. Die Wohnungen der Verhafteten wurden nach Schriftstücken durchsucht. Es handelt sich bei dieser französischen Maßnahme anscheinend um eine einheitliche Aktion im ganzen besetzten Gebiet. Die Arbeiterschaft fordert die Freilassung der Verhafteten und droht für den Fall der Ablehnung mit dem Ausstand. Die Verhaftungen werden mit den unlängst erfolgten Ausschreitungen in der Anilinfabrik in Zusammenhang gebracht.

Die Krise in Oesterreich

Von unserem id.-Mitarbeiter

Wien, 12. Juni.

Es war ein ganz geschickter Schachzug der Sozialdemokraten, daß sie den bürgerlichen Parteien, Christlichsozialen und Großdeutschen, das Regieren anboten. Die beiden, so sagten die Sozialdemokraten, haben sich in der Sitzung der Nationalversammlung am 10. Juni gegen uns zusammengeschlossen, nun mögen sie also folgerichtig als Mehrheit die Regierung übernehmen. Die Sozialdemokraten haben leicht reden, die Bürgerlichen aber hätten schwer regieren, denn wenn man selbst nur 90 Mann stark ist, kann man gegen eine Opposition von 70 Mann, noch dazu 70 kampfhungrige, rücksichtslos draufgängerische Sozialdemokraten, nicht leicht aufkommen. Natürlich haben die Christlichsozialen das Angebot nicht gleich rundweg ablehnen können — äußerlich nämlich, innerlich waren sie über die Ablehnung schon im Hauptausschusse gewiß mit sich im reinen. Wie es den Sozialdemokraten nicht Ernst sein kann, aus der Regierung zu scheiden, weil sie dort noch viel zu tun haben, so kann es den Bürgerlichen nicht recht sein, die Regierung allein zu übernehmen, weil sie in den ersten acht Tagen steckenblieben. Bleibt nur wieder die Möglichkeit einer Koalition zwischen den zwei großen Parteien.

Nur wird der Koalitionspakt jetzt viel schwerer zustandekommen als im Oktober v. J. Die Gemüter sind durch die tagtäglichen Reibereien in der Parteipresse vergiftet und die Gegensätze in den Fragen der Vermögensabgabe und der Verfassung haben sich zugespitzt. Die Christlichsozialen haben trotz ihrer Zugehörigkeit zur Koalition und zur Koalitionsregierung in den einzelnen Ländern gegen das Interesse der Koalition und der Regierung gesprochen, geschrieben und gewirkt. Die Abkehr vom Zentrum Wien, die in so erschreckendem Maße in den Ländern um sich greift, wäre ohne die Aufstachelung und Mitwirkung der Christlichsozialen nicht möglich gewesen. Nur diese Taktik hat es ermöglicht, daß die Gesetze und Verordnungen, die von Wien ausgingen, in den Ländern einfach ad acta gelegt wurden. Kein Mensch kümmerte sich darum, das Land übertrumpfte den Staat. Es ist ja geradezu grotesk, daß die Koalitionskrise formell wegen einer Vollzugsvorschrift über die Vertrauensmänner in der staatlichen Wehrmacht ausbrach, während man sich in Tirol und Steiermark um diese Wehrmacht gar nicht kümmert, sondern entgegen dem Gesetze und entgegen dem Befehle der Regierung „Heimwehren" aufstellt und sie bewaffnet mit Gewehren, Munition und Maschinengewehren, die man ans Regierungszentrum längst hätte abliefern sollen. Streng genommen erstreckt sich der Machtbereich der Regierung eigentlich nur auf Wien, bestenfalls noch auf Niederösterreich.

Diesem geradezu lächerlichen Zustande muß, wenn eine neue Koalition zustande kommt, ein Ende gemacht werden. Gerade die Christlichsozialen sind es, die kein Interesse an dem Zerfalle des Staates haben, den sie ja für ihre Pläne in der Zukunft erhalten wollen ... Gerade sie müßten ihren Einfluß bei den Bauern in den Ländern geltend machen, daß die Kluft zwischen Stadt und Land nicht noch mehr erweitert und die Abneigung gegen alles, was von Wien kommt, abgebaut werde. Sie sitzen ja in der Regierung, in der Koalition, im Hauptausschuß, im Parlament und sind mitverantwortlich für alles, was geschieht oder unterlassen wird. Jetzt kann nur die Wiederaufrichtung der Koalition aus der Krise herausführen. Sind Verfassung und Vermögensabgabe und die andern Steuergesetze erledigt, dann mögen Neuwahlen stattfinden, bei denen die Bevölkerung über die politische Richtung, die sie eingeschlagen wissen will, entscheidet. Im jetzigen Zeitpunkte Neuwahlen zu machen, stößt auf den Widerstand der Bauern, die in ihren Erntearbeiten nicht gestört sein wollen. Auch ist eine rasche Lösung der Krise notwendig, weil die Reparationskommission in den nächsten Tagen hier eintrifft und sicherlich mit einer endgültigen und nicht mit einer vorläufigen Regierung verkehren will, die nur während der Krise die Geschäfte führt. Eine Erneuerung der Koalition mit beiderseitigen Zugeständnissen und auf ehrlicher Grundlage tut not.

*

Verschärfung der österreichischen Krise

id. Wien, 14. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Krise hat sich verschärft. Die Sozialdemokraten erklärten offiziell das Aufhören der Koalition. Von ihnen und den Christlichsozialen seien schon Vorbereitungen für Neuwahlen getroffen worden. Die Großdeutschen haben eine Beteiligung an der Regierung formell abgelehnt.

*

☞ Wien, 14. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der gestrigen Besprechung der Parteiführer mit dem Präsidenten wegen der Regierungskrise wurden positive Vorschläge von keiner Seite gemacht. Die Christlichsozialen rechnen damit, daß die Nationalversammlung noch die wichtigsten Vorlagen verabschieden wird, bevor Neuwahlen ausgeschrieben werden. Die Sozialdemokraten wollen den bürgerlichen Parteien die Kabinettsbildung zuschieben, um dann in die Opposition zu treten. Die sozialdemokratische Parteileitung hatte für den gestrigen Sonntag die Mitglieder der Volkswehr zu einer Versammlung eingeladen, um für die weitere Beibehaltung der Soldatenräte zu demonstrieren.

Revolutionsgerüchte aus Rußland

Wie Reuter aus Tokio erfährt, soll Trotzki ermordet und Lenin geflüchtet sein. Es verlautet ferner, daß General Brussilow eine neue Regierung bilde. Was die letzten Meldungen über eine neue russische Gegenrevolution betrifft, so sind sie bisher unbestätigt geblieben. Seit Mittwoch arbeitet die Moskauer drahtlose Station ohne Unterbrechung, verbreitet aber nur die gewöhnlichen Propagandameldungen. Die Nachrichten über die neue Gegenrevolution sind mit größter Vorsicht aufzunehmen.

*

Zu den Revolutionsgerüchten aus Rußland meldet das Wolff-Bureau aus Paris: In offiziellen Kreisen wird erklärt, daß man keine Kenntnis von der gemeldeten Revolution habe. Andererseits geht aus der Umfrage der Agence Havas in hiesigen offiziellen Kreisen hervor, daß seit dem 11. Juni die französischen Funkenstationen aus Moskau nur unverständliche Radiotelegramme erhalten haben. Sonntag abend wurden undechiffrierbare russische Funkensprüche aufgefangen.

Feindliche Sabotage des Wirtschaftslebens

Einer unserer Mitarbeiter schreibt uns:

Es ist etwas anderes, ob man die Bestimmungen des Versailler Diktates, für das ein Deutscher den Ausdruck Friedensvertrag nicht gebrauchen sollte, bloß liest oder ob man sie erlebt. In den militärischen Bestimmungen gibt es einen Abschnitt III, der uns unsere Flugzeuge und Lenkluftschiffe samt allem Zubehör verbietet und raubt.

Was das sagen will, habe ich nunmehr mit eigenen Augen gesehen, als ich vor kurzem einen unserer schönsten Flugplätze besichtigte. Alle Flugzeuge, alle, mußten der internationalen Ueberwachungskommission übergeben werden. Und diese läßt sie nun zerschmettern, zerklopfen, zersägen. Vielleicht entgehen ein paar alte Rumpelkästen, die nicht mehr fliegen können und nur noch historischen Anschauungswert besitzen, diesem Schicksal. Und dann soll es der Sächsischen Volksreederei gelungen sein, von der Entente ‚sage und schreibe drei noch brauchbare Flugzeuge freibekommen zu haben, um ihren Geschäftsbetrieb überhaupt wieder aufnehmen zu können. Aber all die andern Hunderte und Tausende von Flugzeugen und Flugzeugmotoren in den deutschen Flugzeug- und Motorfabriken werden sinnlos zerstört.

Ich habe dabei zugesehen mit Empfindungen, die ich nicht zu beschreiben brauche. Da liegen zu Dutzenden die abmontierten Tragflächen. An zwei Stellen wird das Bespannungstuch heruntergefetzt, so daß die Holme bloßliegen, die den Tragflächen die Längssteife geben. Und dann werden die Holme zweimal durchgesägt. Was bleibt, ist Feuerholz. Dann geht es zu den Rümpfen. Sauber und wohlerhalten stehen sie da mit leichtem und zähem Holzfurnier umkleidet, mit ihren schöngeschwungenen Kielflossen und Steuerflächen. Die Holme der Rümpfe werden zersägt. Nun sind diese nur noch haltlose Kästen. Und dann waltet der zweihändige Schwunghammer. Er kracht splitternd in die Furniere, er zerbiegt und zerknickt die feinen Stahlrohre, die den Flossen ihre elastische Krümmung geben, er zerschmettert die Motoren. Jeder Zylinder bekommt einen vollwuchtigen Schlag, daß er zerbricht, den Kolben festklemmt. Aber damit nicht genug. Der Motor muß auseinandergenommen werden und seine Teile werden noch einzeln zerklopft und zerschroten. Schrot ist, was von den Fahrgestellen übrigbleibt, wenn der Hammer gewaltet hat.

Man muß den Hammer gesehen haben, wenn ganze Reihen von zerdroschenen Motoren nebeneinanderstehen. Jeder von ihnen hätte in landwirtschaftlichen oder kleingewerblichen Betrieben, mit einem Vorgelege angespannt, Kraft und vielleicht Licht spenden können. In England werden Dynamos mit deutschen Mercedes-Motoren angetrieben, wie sie hier vor mir liegen. Statt durch ihre mögliche vorteilhafte Ausnützung ein wenig dazu beitragen zu lassen, daß unsere ungeheuerliche Schuldenlast erleichtert werden könnte, befiehlt kurzsichtiger Siegerhaß und lächerliche Siegerangst die sinnlose Zerstörung dieser Werte.

Befiehlt! Als Verkörperung dieses Befehls steigt ein französischer Oberleutnant zwischen den Trümmern hin und her und überwacht die Gründlichkeit der Zerstörung. Das deutsche Volk zahlt ihm für seine „Arbeit" ein Jahresgehalt von über 100 000 M. und es bezahlt auch die deutschen Arbeiter, die unter seiner Aufsicht den Hammer schwingen. Kein Wort gegen diese deutschen Arbeiter, die einer widerwärtigen Pflicht genügen müssen! Sie leiden wie jeder andre Deutsche unter dieser Fron.

Das alles ist nur ein winziger Ausschnitt aus dem Riesenwerk wollüstig-wahnwitziger Rach- und Zerstörungssucht, das die Feinde bei uns und unsern ehemaligen Verbündeten, also gegen die Lebensbedingungen von 180 Millionen Menschen ausüben! Wie lange noch wird es dauern, bis wirklich wieder Menschlichkeit und Vernunft das Leben der Völker regieren werden?

Die Franzosen als Völkerbundstruppen

\+ Gleiwitz, 14. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Ein am Sonnabend von französischen Soldaten verübter Bajonettangriff auf Gymnasiasten fällt insofern aus der Reihe der bisherigen französischen Ausschreitungen heraus, als er auf Befehl eines französischen Offiziers unternommen wurde. Die Gymnasiasten hatten über den Anblick eines schottischen Offiziers gelacht. Als dieser vorüber war, sprang ein französischer Soldat den hohen Damm zum Gymnasialgrundstück empor, stach mit einem Bajonett durch den Zaun und verletzte einen Schüler leicht. Der Franzose lief dann wieder hinunter, und jetzt legte ein französischer Offizier mit dem Revolver auf die jungen Leute an. Der Offizier sprach dann mit dem einen Franzosen, zu dem sich noch ein anderer gesellte. Beide stürmten hierauf wieder den Damm hinauf und versuchten, die Tür gewaltsam zu öffnen. Einer von ihnen kletterte alsdann über den Zaun, zog das Bajonett und lief auf einen abseits stehenden Oberprimaner zu, dem er sein Bajonett in den Leib stieß. — Heute wird sich die Stadtverordnetensitzung mit den Gleiwitzer Bluttaten französischer Soldaten am Fronleichnamstage und am Tage darauf sowie mit dieser letzten am Sonnabend verübten Gewalttat befassen.

Aus Gleiwitz wird gemeldet: Am Sonnabend vormittag gegen 10 Uhr passierten mehrere französische Soldaten laut Meldung des „Oberschlesischen Wanderers" den Turnplatz am staatlichen Gymnasium. Mehrere Gymnasiasten unterhielten sich lächelnd über die auffällige Uniform eines schottischen Soldaten. Die Franzosen übersprangen hierauf den Zaun des Turnplatzes und stachen mit Seitengewehren auf die hilflosen Schüler ein. Ein Oberprimaner wurde schwer und zwei Sekundaner verletzt. Der Oberprimaner erhielt einen lebensgefährlichen Bauchstich und wird nach Aussagen der Aerzte kaum mit dem Leben davonkommen. Die Verwundeten wurden in französischen Krankenwagen nach dem städtischen Krankenhaus gebracht. Die Erregung der Bevölkerung ist ungeheuer.

Die Plebiszitkommission für Deutschland, Unterkommissariat Gleiwitz, hat infolge der blutigen Vorgänge an die amerikanische, englische und italienische Botschaft in Berlin sowie an die deutsche Regierung in Oppeln nachstehendes Protesttelegramm gesandt:

Soldaten französischer Besatzung haben gestern im Beisein französischer Offiziere eine schwere Bluttat gegen zwei Schüler des hiesigen Gymnasiums verübt. Die Erregung der Bevölkerung ist aufs höchste gesteigert. Schwerste Auseinandersetzungen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200615/1